

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

Nr.  
25.02.2010

### **Grüne Bundestagsfraktion für Schaffung eines Naturwalderbes**

#### **Privatisierung von Bundeswäldern zu diesem Zweck aussetzen**

Die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht sich in einem in dieser Woche beschlossenen Antrag dafür aus, auf fünf Prozent der deutschen Waldfläche ein Naturwalderbe zu schaffen, um alle für Mitteleuropa typischen Wälder und alle in den deutschen Wäldern lebenden Arten zu schützen. Mit dieser Initiative greifen die Bündnisgrünen im UN-Jahr der Biodiversität einen Beschluss der Bundesregierung auf. Diese hatte in ihrer Biodiversitätsstrategie das Ziel formuliert, den Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung in Deutschland bis 2020 auf fünf Prozent zu erhöhen.

"Man muss allerdings den Eindruck gewinnen, dass die Bundesregierung nur pro forma an diesem Ziel festhält, da sie trotz mehrerer Nachfragen bisher keinerlei Angaben dazu gemacht hat, mit welchen Maßnahmen sie dieses Ziel erreichen will", kritisiert Cornelia Behm, Sprecherin der Fraktion für Waldpolitik, die passive Haltung der Bundesregierung. "Deswegen legen wir jetzt einen konkreten Fahrplan zur Umsetzung des Fünf-Prozent-Ziels vor. Dabei geht es darum sicherzustellen, dass es sich bei diesen fünf Prozent nicht nur um kurzfristig aus der Nutzung genommene Wälder, sondern um verbindlich und dauerhaft von forstwirtschaftlicher Nutzung freie Wälder handelt, aus denen sich Naturwälder entwickeln."

"Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird dieses Naturwalderbe vor allem aus Wäldern im öffentlichen Eigentum bestehen müssen", so Behm. "Denn Nutzungsverzicht kann man im Privatwald weder durch Ordnungsrecht noch durch Vertragsnaturschutz dauerhaft absichern. Daher wird der Bund auch Wälder erwerben müssen, da soll sich die Politik keinerlei Illusionen hingeben. Vor diesem Hintergrund ist es angebracht, bis zum Abschluss der Schaffung des Naturwalderbes auf die Privatisierung bundeseigener Wälder zu verzichten."

Zu den Vorbehalten in der Forst- und Holzwirtschaft gegen den Nutzungsverzicht in einem Teil der deutschen Wälder sagte Behm: "Die deutsche Politik macht sich international unglaubwürdig, wenn sie den Erhalt von Urwäldern und damit den Verzicht auf die Nutzung eines erheblichen Teils der Wälder dieser Welt fordert, wenn sie nicht bereit ist, auch nur in fünf Prozent der deutschen Wälder die Bewirtschaftung einzustellen. Dies sollten sich alle klar machen, die dieses Projekt vehement ablehnen."